

Public Opinion Kurzanalyse zum Endsprint für die deutsche Bundestagswahl

Chance auf schwarz-gelbe Koalition hängt an sehr dünnem Faden Entscheiden Überhangmandate? – Besonderheiten des deutschen Wahlrechts

Die von Bundeskanzlerin Angela Merkel und FDP-Chef Guido Westerwelle angestrebte schwarz-gelbe Koalition – die sogenannte „Tigerentenkoalition“ – hängt an einem sehr dünnen Faden. Die Umfragen sagen der SPD zwar schwere Verluste und der FDP deutliche Gewinne voraus, während CDU/CSU stabil bleiben, ob es aber für 50 Prozent plus ein Mandat, also für die Parlamentsmehrheit reicht, steht in den Sternen. Die letzten Umfragen (in Klammer das Wahlergebnis 2005) sagen folgendes aus:

CDU/CSU	35-36	(35,2)
SPD	25-26	(34,2)
FDP	13-14	(9,8)
Grüne	10	(8,1)
Linke	11	(8,7)

Wenn sich schwarz-gelb nicht ausgeht, ist eine Fortsetzung der durch das letzte Wahlergebnis erzwungenen „großen Koalition“ nicht unwahrscheinlich, wenngleich es in der SPD nach dem zu erwartenden schlechtesten Wahlergebnis ihrer Parteigeschichte – es werden wohl sogar noch die miesen 28,8 Prozent von 1953 unterboten – zu schweren Verwerfungen kommen wird. Eine Jamaika-Koalition – schwarz-gelb-grün – oder eine Ampel-Koalition – rot-gelb-grün – gelten als unwahrscheinlich, genauso wie eine Koalition unter Einschluss der Linken.

Eine Besonderheit des deutschen Wahlrechtes aber könnte schwarz-gelb eine hauchdünne absolute Mandatsmehrheit ermöglichen: die sogenannten Überhangmandate. Bekanntlich kann jeder Wahlberechtigte zwei Stimmen abgeben – die sogenannte Erststimme für den favorisierten Kandidaten in einem der 299 Einer-Wahlkreise und die Zweitstimme für die jeweilige Landesliste der gewünschten Partei. Grundsätzlich werden gleich viele Mandate über die Direktwahlkreise und die Landesliste vergeben, also insgesamt 598, wobei die „Zweitstimme“ entscheidend für die Berechnung der Parteienstärke ist. Die in den Einerwahlkreisen erzielten Mandate werden in die Landeslisten eingerechnet – es kann sich aber der Fall ergeben, dass die Partei in einzelnen Bundesländern mehr Direktmandate erzielt als ihr aufgrund des landesweiten Zweitstimmenergebnis zustehen – die sogenannten Überhangmandate. Bei den letzten Bundestagswahlen 2005 kamen auf diese Weise 16 zusätzliche Mandate (sieben für die Union, neun für die SPD) zustande.

Da diesmal die SPD im Gegensatz zum Kopf-an-Kopf-Rennen 2005 deutlich hinter der Union liegen wird, sind heuer wesentlich mehr CDU/CSU-Direktmandate zu erwarten. Da nur die Union und SPD und in einigen wenigen Wahlkreisen der ehemaligen DDR auch die Linke Chancen auf Direktmandate haben, erhalten die kleineren Parteien, insbesondere die FDP wesentlich mehr Zweit- als Erststimmen, da diese wegen Aussichtslosigkeit im Einerwahlkreis verloren sind. Viele, die der Union die Erststimme wählen, geben der FDP die Zweitstimme.

2005 kamen die Unionsparteien so mit 40,9 Prozent um 5,7 Prozent (das sind rund 2,6 Mio.) Erststimmen als Zweitstimmen. Umgekehrt hatte die FDP mit 9,8 Prozent um 5,1 Prozent mehr Zweit- als Erststimmen. Bei der SPD gab es um 4,3 Prozent mehr Erststimmen, bei den Grünen wiederum 2,7 Prozent mehr Zweitstimmen.

2,6 Millionen Migranten (= 9 % der Wahlberechtigten) haben Wahlrecht

Erstmals wurde für die Bundestagswahl 2009 die Zahl der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund ausgewertet – es sind 2,6 Millionen oder 9 Prozent der Wahlberechtigten, darunter 762.000 Polnischstämmige, 500.000 Türken, 442.000 Immigranten aus Kasachstan und 313.000 aus Rumänien. Deutschland hat besonders viele „Spätaussiedler“ unter den Wahlberechtigten.

Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein

Zu den am selben Tag wie die deutschen Bundestagswahlen stattfindenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Brandenburg hat sich im Vergleich zu den Aussagen der public opinion-Analyse der letzten Woche keine wesentliche Änderung ergeben.

Vorarlberger Wahl und ihre Auswirkungen

Die Vorarlberger Landtagswahlen sind im Rahmen der auch in der public opinion-Analyse und der OGM Umfrage prognostizierten Ergebnisse geblieben – mit wesentlich markanterer Akzentuierung bei den Gewinnen der FPÖ und der Verluste der SPÖ. Das Abrutschen der SPÖ auf Platz vier war im Rahmen des Erwartbaren, aber dass sie nur mehr etwas mehr als 10 Prozent erreichte, muss ein weiteres Alarmsignal für die Partei auch bundesweit sein, die bisher bei jeder Wahl seit Regierungseintritt 2007 herbe Verluste hinnehmen musste. Die Grünen gewannen erstmals seit längerer Durststrecke hinzu, das BZÖ kam nicht in den Landtag. Landeshauptmann Herbert Sausgruber kann sich über das verdiente Halten der „Absoluten“ freuen. Das oberösterreichische Wahlergebnis am nächsten Sonntag wird wohl ähnliche Muster wie in Vorarlberg zeigen.

Die Festlegung von LH Sausgruber, die freiwillige Koalition wegen eines antisemitischen Sagers des FP-Spitzenmannes Dieter Egger aufzukündigen, hat sowohl FPÖ und ÖVP im Wahlkampf genützt.

Bemerkenswert ist, dass die Wahlbeteiligung in Vorarlberg noch ohne Berücksichtigung der Briefwahlstimmen um 6,8 Prozent auf 67,4 Prozent gestiegen ist – es also eine stärkere Mobilisierung gegeben hat.

Die SP-Verlustliste seit 2007:

GRW Graz	2008	- 6,2 %
LTW NÖ	2008	- 8,0%
LTW Tirol	2008	- 10,2%
NRW	2008	- 5,9%
LTW Sbg.	2009	- 6,0 %
LTW Ktn.	2009	- 9,7%
AK-Wahl	2009	- 7,6%
EU-Wahl	2009	- 9,8%
LTW Vlbg.	2009	- 6,8%